



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

56 (3.2.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183700](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183700)

einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Spartaisten, wobei die Spartaisten 5 Tote und mehrere Schwerverwundete verloren.

Verhandlungen in Bremen.

Berlin, 3. Febr. (Von unv. Berl. Büro.) Zu den Einigungsverhandlungen in Bremen schreibt der „Vorwärts“: Damit ist das Hauptziel der gegen die Bremer Sozialistenherrschaft gerichteten Aktion erreicht. Die Bevölkerung Bremens soll nach ihrem eigenen Willen von einer selbstgewählten Volksvertretung regiert werden und nicht von Leuten, denen es gelungen ist, sich einige Maschinengewehre anzueignen. Die „Freiheit“ hat in ihrer vorliegenden Nummer die Dinge so dargestellt, als ob die Regierung überhaupt keine Verhandlungen wolle, als ob es ihr eine Lust sei, Plan zu verlegen. Die Bremer Begebenisse zeigen die Notwendigkeit solcher Unterstellungen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Regierung hat sich im Laufe des gestrigen Tages sehr eingehend mit diesem Gegenstand beschäftigt und aus ihren Beratungen dürften neue Einigungsbedingungen hervorgehen. Die der Stadt Bremen die Errichtung einer Regierung nach ihrem eigenen Willen garantiert und die Entwaffnung der Zivilbevölkerung sichert.

Die holländische Regierung gegen den Bolschewismus.

San der Schweizer Grenz, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus dem Haag: Die holländische Regierung ist sehr entschlossen, der bolschewistischen Propaganda energisch entgegen zu treten. Die holländische Post verbot den russischen Journalisten Schelagow, den bisherigen Leiter des russischen News Bureau in Holland, sowie seine Söhne und mehrere verdächtige Kassen und Deutsche.

Schellings gründete im Einklang mit dem denotationsdemokratischen Führer Winkler in Rotterdam eine Agentur, die für die aus Deutschland zurückkehrenden russischen Besatzungen bestimmt war. Die Agentur verbot diese Besatzungen an der Einschiffung nach Tangai zu verhindern und bereitete zu diesem Zweck große Geldsummen. In Rotterdam kam es zu kanakalischen Vorfällen.

Die Lage im Osten.

Ulan, 3. Januar. (WB.) Die finnisch-estnischen Truppen, die von Dorpat südwärts vorzogen, haben einen bedeutenden Erfolg gegen die Rotgardisten errungen. Die Stadt Walk, wichtig als Knotenpunkt für die Eisenbahnlinie Riga-Reval und Riga-Bieskau, ist von ihnen genommen worden. Damit ist eine der wichtigsten rückwärtigen Verbindungen für die in Livland und Kurland operierenden Bolschewisten abgeschnitten, dagegen haben die Rottruppen in Kurland einen nicht unbedeutenden Erfolg errungen. Es geben zwei von Tukum und Goldingen vorgehende Abteilungen nach der Salenstadt Windau um diese zu besetzen.

Die russischen Bolschewisten nach ihrer Niederlage.

San der Schweizer Grenz, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Die Postler Nachrichten berichten aus Reval: Benin hält sich in der Nähe von Narva auf. Er gab Befehl, daß die holländischen Truppen Narva innerhalb einer Woche wieder nehmen sollten.

Die Truppen sind angewiesen, keinen Pardon zu geben und alle Mitglieder der Bourgeoisie niederzumetzeln. Trotz hält sich bei der geschlagenen bolschewistischen Armee auf.

Bauernunruhen in Rußland.

Helsingfors, 3. Jan. (WB.) Aus Rußland wird unterm 31. Januar gemeldet: In den Gouvernements Wjatska und Tambow sind Bauernunruhen ausgebrochen, die blutig unterdrückt wurden. Paryzn ist am 17. Dezember von Wosnow eingegnommen worden.

In Petersburg reichen die Kohlenvorräte für die Kriegsindustrie noch höchstens bis Ende Februar. Die Geschloßfabrikation ist bereits größtenteils wegen Mangel an Kohlen eingestellt worden.

Neue Einigungsbestrebungen im Liberalismus.

Wie wir aus Berlin von einem Genodiersmann erfahren, den wir im allgemeinen für gut unterrichtet halten, werden demnächst neue Versuche zur Einigung der liberalen Parteien hervortreten. Und zwar sollen sie nach dieser Quelle von Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei ausgehen, die nicht an leitender Stelle der Partei, doch hoffen, einen hinreichenden Einfluß auf die widersprechenden Führer und Organisationsleiter ausüben zu können. Maßgebend für diese Männer, den Versuch zu wagen, sind folgende Gesichtspunkte. Einmal fürchten sie das Abgleiten dieser und jener liberalen Männer und Organisationen in den Konventionen, wo sie nicht in einem größeren Parteigebilde Halt gewinnen. Sodann glauben sie, daß die Wahlergebnisse der Deutschen Volkspartei den Schritt nahelegen, den sie vorhaben. Diese Wahlergebnisse haben den Erwartungen nicht so ganz entsprochen und man glaubt in diesen Kreisen sich fragen zu müssen, ob die Partei Streememann auf sich gestellt, hinreichend liberale Wirksamkeit üben könne. Und endlich fühlen sich die genannten Kreise, die sich übrigens nicht auf Berlin beschränken, zu dem „vorhaben“ Schritt ermächtigt durch die Annahme, daß die Demokratische Partei unter dem Zwange der Verhältnisse und Erlebnisse die Abgrenzung zur Sozialdemokratie immer schärfer und eindeutigere vollziehe, so daß der schwerwiegendste sachliche Trennungsgrund mehr und mehr in Wegfall zu kommen scheint.

Soweit in knappen Auszug die uns gewordenen Mitteilungen. Es ist zu wünschen, daß der Versuch nicht im Sande verläuft. Kein verständiger bürgerlicher Politiker kann die Notwendigkeit einer großen liberalen Partei verkennen, die in einheitlicher geschlossener Aktion positive Arbeit leistet, statt daß jetzt wieder viel Zeit und Kraft auf die alten alten Klopffechereien zwischen den Organen der beiden Parteien verschwendet wird.

*

Gegen Parteizersplitterung

wandte sich vor Kurzem in der von der Deutschen demokratischen Partei in Heidelberg einberufenen Versammlung Professor Solb ein, der ehemalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete unseres Wahlkreises, indem er u. a. ausführte: Bei den bisherigen Verhandlungen in der badischen Landesversammlung hat sich innerhalb der Deutschen demokratischen Partei keinerlei Unterschied zwischen den bisherigen Nationalliberalen und Fortschrittlichen geltend gemacht, sondern nur ein durchaus harmonisches Zusammenarbeiten. Das Zentrum und die Sozialdemokratie sind von vornherein fest in sich ge-

schlossene Parteien. Schon aus diesem Grunde darf sich das liberale Bürgertum den Luxus der Parteizersplitterung nicht gestatten. Wir wären sonst zwei Häuflein, die immer wieder Fühlung suchen müßten. Heute ist die Lösung: Deutsches liberales Bürgertum, halbe zusammen, sonst wirst Du unter die Füße getreten! Das legt wieder in der Deutschen Volkspartei ein Sonderbund gestiftet wird, nachdem gerade die langgeerbte Einigung erfolgt war, erfüllt mit tiefstem Bedauern. Ich bedauere den Versuch einer Parteizersplitterung auf das tiefste, der Feind steht im Land, und nur wenn wir einheitlich sind, kann Deutschland adlungsbietend sein. Es geht nicht an, daß jeder sein eigenes Köpfchen durchsetzen oder sein Extralüppchen brodeln lassen will. Gerade das ist der Fluch des Liberalismus gewesen! Die Herren vergessen, daß ja gar kein Unterschied mehr im Parteiprogramm der Nationalliberalen und Fortschrittler vorhanden war und man sich deshalb vor einigen Wochen vollständig einmütig zusammenschloß. Nun sind wir kaum zusammen und gehen schon wieder auseinander! Ein solches Verhalten derjenigen, die einen Keil in die Partei treiben wollen, richtet sich selbst.

Letzte Meldungen.

Winterfelds Nachfolger.

Berlin, 3. Februar. (WB.) Bis Nachfolger des Generalmajors Winterfeld als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission wurde Freiherr v. Hammerstein, zurzeit Abchnittskommandeur in Bielefeld, berufen.

Große Kundgebung in München.

München, 3. Februar. (Priv.-Tele.) Wie in Baden und Württemberg so sind auch gestern in München zahlreiche Kundgebungen veranstaltet worden. Der Landesverband der Deutschdemokratischen Partei (Deutsche Volkspartei in Bayern), der in München tagte, hat einen scharfen Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands, wie sie Deutschland nach dem bisherigen Gang der Waffenstillstandsverhandlungen erfahren soll, einstimmig beschlossen. Es wird an das Gewissen der Kulturmenschen appelliert. Vor allem aber wird Willen gefragt, wie er das Verhalten der militärischen Führer Frankreichs mit dem von ihm verkündeten und von seinen Verbündeten formell abgenommenen Theorien in Einklang bringen wolle. Ein schreiender Hohn auf den Begriff von Gerechtigkeit sei die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen. Alle Kreisverwaltungen und Organisationen der Partei werden sogleich aufgefordert, mit den übrigen politischen Parteien in Fühlung zu treten, um überall in möglichst gemeinsamen Kundgebungen den Willen des deutschen Volkes zum Leben, zur Arbeit und zum Aufbau zum Ausdruck zu bringen.

Auch die Parteikonferenz der sozialistischen Mehrheitspartei Bayerns, die ebenfalls in München tagte, hat nach einer langen begründeten Rede des Ministers des Innern v. Auer einstimmig einen Beschluß gefaßt, der sich in seiner Tendenz völlig mit dem der Deutschdemokratischen Partei deckt.

Die Deutschdemokratische Partei in Bayern hat in einer Entschließung scharfen Widerspruch gegen die Loslösungsbestrebungen der Rheinpfalz erhoben.

Die in München lebenden Schweizer haben beschlossen, in einer Kundgebung gegen die Fortdauer der Hungerblockade zu protestieren. Der Text dieser Kundgebung, der noch verfaßt werden soll, soll persönlich dem Schweizer Bundesrat in Bern überreicht werden. Ferner soll die Kundgebung an die Presse aller Länder gerichtet werden, damit die Völker von dem grausamen Akt bestimmt Kenntnis erhalten.

Eine große, aus ganz Bayern stark besuchte außerordentliche Generalversammlung des Bayerischen Bauernbundes in München sprach sich mit Stimmenmehrheit gegen die Trennung von Kirche und Staat aus.

Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Berlin, 3. Januar. (WB.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Kommission zur Untersuchung der Angelegenheiten österreichischer Kriegsgefangener in Deutschland hielt am Freitag, den 31. Januar im Reichsmilitärgericht ihre erste öffentliche Sitzung ab. Die Sitzung wurde durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden Professor Schäffgen eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß das Material über die Behandlung der Kriegsgefangenen nicht mehr zunehmen werde, weil Deutschland entsprechend den übernommenen Verpflichtungen sämtliche Kriegsgefangene der Entente zurückgeben habe. Dies sei nicht geschehen ohne ein Gefühl der Bitterkeit, da unsere Gefangenen immer noch in Feindschaft seien. Deutschland sei mit der Errichtung dieser Kommission den anderen Staaten vorangegangen. Die Vertreter der Schutzmächte würden sich daher überaus freuen, daß das internationale Recht in einem wahrhaft nationalen Geiste zur Anwendung gelangte. In diesem Sinne habe die Kommission auch den Schutzmächten vor der Verhandlung Einsicht in die Akten gewährt.

Zur Verhandlung gelangt der Fall Stroffund, bei dem zwei englische Leutnants getötet und verwundet worden sind. Der Kommissar kam hier zu dem Ergebnis, daß keine Verletzung des Völkerrechts vorliege. Die Verhandlungen wurden am Samstag fortgesetzt und die Vorfälle in Langensalza erörtert, was am 27. November vor. Jahres eine Anzahl von Kriegsgefangenen bei einer Schießerei von Wachmannschaften getötet oder verwundet worden ist. Der Spruch der Kommission erging in diesem Falle dahin, daß eine Verletzung des Völkerrechts gegeben sei.

Berliner Prozesse gegen Spartakus.

Berlin, 3. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Im Moabit-Kriminalgericht herrscht heute reges militärisches Leben. Für die spartakistischen Prozesse, die heute ihren Anfang nehmen und die ganze Woche über dauern sollen, sind unangenehme Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Sämtliche Zugänge zu den Verhandlungssälen sind durch Postenketten abgesperrt. Die Soldaten tragen Stahlhelme, Gewehre und Handgranaten und lassen nur solche Besuche passieren, die im Verlaufe einer Vorladung oder eines Passierscheines sind.

An den Haupteingängen des Gerichtsgebäudes sind Maschinengewehre in Stellung gebracht und in den Sälen selbst wird strengste Sühnungspolizei ausgesetzt. In der Umgebung des Gerichtsgebäudes ist es in den ersten Morgenstunden noch ruhig als erster Angeklagter wird ein blaffer junger Mensch im Alter siebzehnhalb Jahren hereingeführt, er ist der Schüler Ernst Duesch. Hierauf wird in die Verhandlungen eingetreten.

Die Amerikaner und Belgier gehen nicht nach Bern.

Paris, 3. Febr. (W. B.) Hasasmeldung. Auf der Veranlassung der interalliierten Gewerkschaftskonferenz erklären die amerikanischen und belgischen Vertreter, sie würden nicht nach Bern gehen, sondern in Paris bleiben. Die Zeit sei nötig um die interalliierte Konferenz vorzubereiten, aber sie würden mit den Deutschen erst nach dem Frieden verhandeln. Auf alle Fälle aber würden sie durchsetzen, daß in dem Friedensvertrag Bestimmungen eingeschaltet würden, die den Interessen der Arbeiter aller Länder entsprechen.

Jouhaug erklärte, es sei unmöglich, die interalliierte Konferenz in Paris zu Ende zu bringen vor der Konferenz in Bern. Er fügte hinzu, noch der Niederlage der Zentralmächte oder nach der Revolution ihrer Völker sollten die amerikanischen Vertreter der internationalen Gewerkschaftskonferenz bezeichnen, die die Basis der Friedenskonferenz gewesen hätten. Jouhaug bedauerte die Weigerung der Amerikaner und Belgier und erklärte, der allgemeine französische Arbeiterbund werde zur Konferenz nach Bern gehen.

Staatsrechtliche Vorträge in Karlsruhe.

Karlsruhe, 3. Februar. (Priv.-Tel.) In dem Verein Karlsruhe der neu gegründeten Staatsbürger-Schule der deutschdemokratischen Partei in Baden werden im Laufe des Monats Februar, März und April unter anderem die früheren Minister Dr. Reinhold und von Bodmann, ferner Geh. Rat Redmann, Professor Hellpach und andere bekannte Demokraten Vorträge über Staatsrecht, Fragen, Parteipolitik und soziale Politik halten.

Neues Siedlungsland.

Berlin, 3. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Unter der leuchtenden Ueberschrift „Nahrungsmittel in schweren Tagen“ macht der „Vorwärts“ Vorschläge über die Ausnutzung von Exerzierplätzen u. a. p. Staatsdomänen als Siedlungsland. Wie viele neue Gemüsegärten könnten in der ersten Frühjahrsmonate von fleißigen Händen besät werden, wenn raschestens die große Anzahl der Exerzier- und Truppenübungsplätze der Lebensmittelproduktion freigegeben würden. Heraus! Kriegsmilitär! Hier genügt es einfach zu sagen: Befehl an alle Generalkommandos. Man gebe für die neuen Siedlungsnotwendigkeiten in erster Linie die von der Remonteverwaltung noch bewirtschafteten Staatsdomänen frei.

Gegen die Niederlassung Deutscher in der Schweiz.

Genf, 3. Febr. (Eigen Drohtbericht, indir.) Die Genfer Vereinigung unabhängiger Demokraten verlangt vom schweizerischen Bundesrat: 1. von seinem Recht der Einsprache bei Niederlassungen gemäß dem deutschschweizerischen Niederlassungsvertrage Gebrauch zu machen und die Einwanderung deutscher Staatsangehöriger auf Schweizer Boden nur ganz ausnahmsweise zu gestatten, 2. unverzügliche Kündigung des Niederlassungsvertrages mit Deutschland.

Weimar.

Berlin, 3. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Heute morgen um 8 Uhr 30 Min. sind die Witzbeauftragten vom Anhalter Bahnhof zur Nationalversammlung nach Weimar abgefahren.

Der internationale Luftverkehr.

Berlin, 3. Febr. (Von unv. Berl. Büro.) Wie die Vollständigen parlamentarischen Nachrichten erinern, wird demnächst eine interalliierte Kommission zusammengetreten, deren Aufgabe es sein wird, über die Grundlagen des internationalen Luftverkehrs zu verhandeln. In den Verhandlungen wird ein englischer Entwurf dienen dessen Durchführung in Uebereinstimmung mit den Grundgesätzen des Völkerbundes erfolgt.

Handel und Industrie.

Mannheimer Effektenbörse

Der heutige Börsenverkehr verlief in ruhiger, aber ziemlich fester Haltung. Höher notierten von Bankaktien: Badische Bank und von Versicherungsaktien: Frankfurter Allgemeine, von Industriaktien sind gebessert: Chem. Fabrik Goldenberg, Westeregelei, Seilindustrie, Benz, Dingler und Waggonfabrik Fuchs. Schwächer waren Anilin und Zementwerke Heidelberg.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt a. M., 3. Febr. (Priv.-Tel.) Der heutige Börsenverkehr zeigte zu Beginn im allgemeinen eine freundliche Stimmung, die zunächst zu fester Tendenz der Notierungen auf dem Rentenmarkt führte. Der Kauftrieb erhielt sich für mexikanische Anleihen, wobei Silberanleihen bevorzugt wurden. Die geschäftliche Tätigkeit, die wieder auf vorwiegend anderen Spezialpapieren beschränkt blieb, hielt sich bei überwiegend fester Haltung in mäßigen Grenzen.

Eine Ausnahme machten Bankaktien, die zu 1991, einsetzten und sich bis 204 erhöhten konnten. Daimler-Motoren eröffneten 208, auch Adlerwerke Kleyer blieben preisbeharrlich. Am Montanaktienmarkt lagen Petroleumbergbau etwas besser, während Oberbedarf um 2%, niedriger einsetzten. Schiffahrtsaktien sind wesentlich ruhiger und preisbeharrlich. Werte der chemischen Gruppe hielten ihren Kursstand aufrecht. Badische Anilin gingen etwas höher um. Für Orientbahnbestand weiteres Interesse. Schantungseisenbahn und Lombarden wurden vernachlässigt. Unter den Kalkaktien sind Holzberg etwas schwächer. Petroleumaktien, welche bei geringen Umsätzen gehandelt wurden, konnten sich behaupten. Gut gehalten haben sich Bankaktien, wobei sich etwas regere Nachfrage nach Mittelbanken stellten. Heilmische 2 und 3, protestische Anleihen etwas niedriger, dagegen Kriegsanleihen gut behauptet. Chinesen lagen etwas besser. Am Einheitsmarkt der industriellen Werte überwiegen bei wesentlich ruhigerem Geschäft Kursrückgänge, doch fehlte es ansehnlich auch nicht an Kursstärkungen. Höher gefaßt waren u. a. Messing, Danhorn, Maschinenfabrik Esslingen, Spiegel und Spiegelglas, sowie Kautschuk Westeregelei. Später lenkte das Geschäft in stillere Bahnen ein, doch erhielt sich die Tendenz. Mexikaner und Bankaktien konnten ihre höchsten Kurse nicht voll behaupten.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 3. Febr. (W. B.) Die Fortdauer der inneren Schwierigkeiten und die neuen Forderungen der Entente üben einen lähmenden Einfluß auf den Börsenverkehr aus. Die Umsätze blieben sich in engsten Grenzen. Die Kursbewegung schlug nach anfänglicher leidlicher Festigkeit die Richtung nach unten ein, wobei es jedoch nicht zu besonders erheblichen Rückgängen kam. Schiffahrtsaktien blieben im allgemeinen gut behauptet und setzten sich noch zum Teil über den Kurs von Sonnabend. Der Wertes- und Hüttenaktien verloren zum Teil 2-3%. Farworte bewahrten ihre Festigkeit. Von elektrischen Werten setzten Felten-Quillensumme 2%, Gebrüder Böhrer stellten sich um 4% höher. Am Anleihenmarkt neigten heimische Werte zur Schwäche, während ausländische Anlagen eine feste Haltung zeigten.

Berlin, 3. Februar. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für: 3. 1. Tabelle with columns for Gold, Brief, Gold, Brief and rows for various locations like Konstantinopel, Holland, Dänemark, etc.

